



Der Markt als Urphänomen ist älter als der Staat

ROBERT NEF

Die Wirtschaft, der Tausch und der Handel, basieren auf dem Menschen, wie er ist. Der Staat dagegen muss seine Legitimation immer wieder begründen.

Glauben Sie denn immer noch blind an die Überlegenheit des Marktes? Das ist die Frage, mit der heute Liberale immer häufiger konfrontiert werden. Es gilt bereits als unbestreitbare Tatsache, dass die Wirtschaft die aktuelle Krise weltweit nur dank massiver Interventionen durch den Staat überleben könne und dass nun die Epoche des von Politikern an Wirtschaftsgipfeln koordinierten Dirigismus angebrochen sei.

Diese Diskussion dreht sich im Kreise: Eine gehässige Mischung von Schadenfreude und (wohl verfrühtem) Triumph im Lager der Staatsgläubigen stösst auf Ratlosigkeit, Schuldbewusstsein und Kompromissbereitschaft unter vielen bisherigen Staats skeptikern. Wirtschaftspolitiker überbieten sich mit Schwarzmalerei über die Folgen der Finanzkrise für den Arbeitsmarkt und jeder will, wenigstens jetzt, zu jenen gehören, die es schon immer gewusst haben.

Unternehmer und Investoren sind generell gezwungen, den Erfolg im Wettbewerb unter den jeweils vorherrschenden politischen Randbedingungen zu suchen. Sie können es sich in der Regel nicht leisten, darüber zu philosophieren, was denn langfristig die bessere Lösung für alle wäre bzw. gewesen wäre. Das entschuldigt zwar nicht jeden Opportunismus, aber es erklärt, warum das Engagement gegen den Interventionismus und für den Freihandel in Wirtschaftskreisen so lau bleibt.

Unternehmer passen sich an

Wer direkt oder indirekt nicht unwesentlich von Staatsaufträgen abhängig ist und einen Teil der sozialen Verantwortung längst kollektiviert und an den Staat abgeschoben hat, eignet sich nicht als Vorkämpfer gegen den mehr oder weniger blinden Staatsglauben. Der Fluch des Interventionismus besteht darin, dass die Zahl seiner opportunistischen Anhänger wachsen muss, je globaler, flächendeckender und branchenübergreifender er praktiziert wird. Die Tatsache, dass er nun ausgerechnet im Finanzbereich um sich greift, stimmt wenig optimistisch.

Die Frage nach dem Vorrang des Glaubens an einen bestimmten Bereich der Gesellschaft ist falsch gestellt. Jeder blinde Glaube ist suspekt. An den Markt muss niemand glauben, er findet dort statt, wo er nicht durch Zwang behindert oder verboten ist. Selbst dort hört er nicht auf, sondern verlagert sich in den grauen und schwarzen Bereich oder in die Politik, wo aufgrund des staatlichen Zwangsmonopols unter Interessenvertretern und Lobbyisten Spielarten von Verboten und Förderungen ausgehandelt werden.

Der Markt als Urphänomen, als ein Verfahren und Ort, an welchem möglichst friedlich und gewaltfrei getauscht wird, ist zweifellos älter als der Staat. Die Frage nach dem menschheitsgeschichtlichen Vorrang ist daher schnell beantwortet. Der Markt ist nie erfunden, gegründet, erobert und als Dogma verkündet worden. Er braucht keine Gläubigen, denn er beruht auf der Tatsache, dass Menschen, die unterschiedlich ausgestattet, begabt und neugierig sind, miteinander kommunizieren und ihre Lebensverhältnisse optimieren wollen. Das sind nie alle Menschen, aber je weniger Zwänge und Dogmen vorherrschen, desto grösser wird — unabhängig von aller pädagogischen Dressur — die Attraktivität des fremdherrschaftsfreien Tausches. Das weckt Optimismus.

Wirtschaftliche Kooperation und Konkurrenz ist ein ertümlicher Bestandteil des Überlebens in der arbeitsteiligen Gemeinschaft. Das Entwickeln und das Erzwingen allgemeinverbindlicher Normen kam erst später. Der Staat ist nach der klassischen Definition Max Webers in «Wirtschaft und Gesellschaft» «ein politischer Anstaltsbetrieb, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwangs für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt». Der Staat braucht also Mächtige oder Ermächtigte, die ihn erfolgreich organisieren und Gläubige, die darauf vertrauen, dass er mehr Vorzüge bietet als Opfer verlangt.

Damit ist das Ober- und Unterordnungsverhältnis von Wirtschaft und Staat noch nicht geklärt. Welcher Gesellschaftsbereich kann und soll ein Primat, d.h. den Vorrang beanspruchen, und welcher soll dienende Funktion haben? Aus liberaler Sicht ist der Entscheid für möglichst viel Tausch und möglichst wenig Zwang keine ideologische Angelegenheit. Es braucht erfahrungsgemäss beides, Wirtschaft und Staat. Die Wirtschaft basiert auf dem Menschen, wie er ist, der Staat muss seine Legitimation und Akzeptanz mit Zwang, Umverteilung und Staatspädagogik immer wieder neu begründen.

Die historische Erfahrung und die allgemeine Lebenserfahrung legen nahe, den Tausch mit Spontaneität und den Zwang mit Dogmatik in Verbindung zu bringen. An Spontaneität muss man nicht glauben, sie entwickelt sich durch Handeln und Handel von selbst. Sie ist robust, lässt Fehlverhalten zu und ermöglicht ein Lernen durch vielfältige nonzentrale Experimente, durch Einstehen-Müssen für Schäden und durch Versuch und Irrtum. Wer rein quantitativ nach mehr Markt oder mehr Staat fragt, gerät bald in eine Sackgasse. Es geht um Qualitäten. Nicht: wie viel oder wie wenig? Vielmehr: wie beschaffen, wie strukturiert, wie organisiert, wie koordiniert? Das entscheidet über die Entwicklung im Spannungsfeld von Wirtschaft und Staat.

An die Wirtschaft muss man nicht glauben, sie ereignet sich. Der Staat muss sich um seine Gläubigen immer wieder bemühen. In letzter Zeit scheint er diesbezüglich recht erfolgreich zu sein. Wie blind und wie begründet dieser Glaube ist, wird sich erst in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erweisen. Bisher hat aber noch nie ein auf dem Zwangsmonopol basierendes System einen nachhaltigen wirtschaftlichen Leistungsausweis erbracht.

Gegen das Primat der Politik

Der Historiker Jacob Burckhardt hat in seinen «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» möglicherweise eine Lösung für das Verhältnis von Wirtschaft und Staat skizziert. Er forscht in der Geschichte nicht nach Systemen und Abläufen, welche Periodisierungen und Prognosen ermöglichen, sondern nach Kräften, er nennt sie «Potenzen», die in gegenseitigen «Bedingtheiten» aufeinander einwirken. Burckhardt deutet Wirtschaft und Markt als Bestandteil der Kultur und zögert nicht, letzterer den Vorrang einzuräumen. Für ihn gibt es gute Gründe, diesen Bereich vor der Macht staatlicher Intervention abzuschirmen. Kultur und damit auch Handel und Gewerbe dürfen nicht dem Primat

der Politik unterstellt werden.

Burckhardt warnt allerdings auch vor einer «Knechtung» der Kultur durch die Religion. Er hat vorausgesehen, dass auch die Macht des religiösen Fanatismus «an sich böse» ist und den Weltfrieden bedroht. Weder Staat noch Religion dürfen die Kultur zwingend bestimmen, aber die Wirtschaft muss sich in den grösseren Rahmen der Kultur eingliedern.

Dieser Artikel ist in der «Finanz und Wirtschaft» erschienen.

April 2009



Dieser Text ist verfügbar online unter: <https://www.libinst.ch/?i=markt-ist-alter-als-staat>

© Copyright 2009 **Liberales Institute**